KM-Magazin für das Fördergebiet Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt

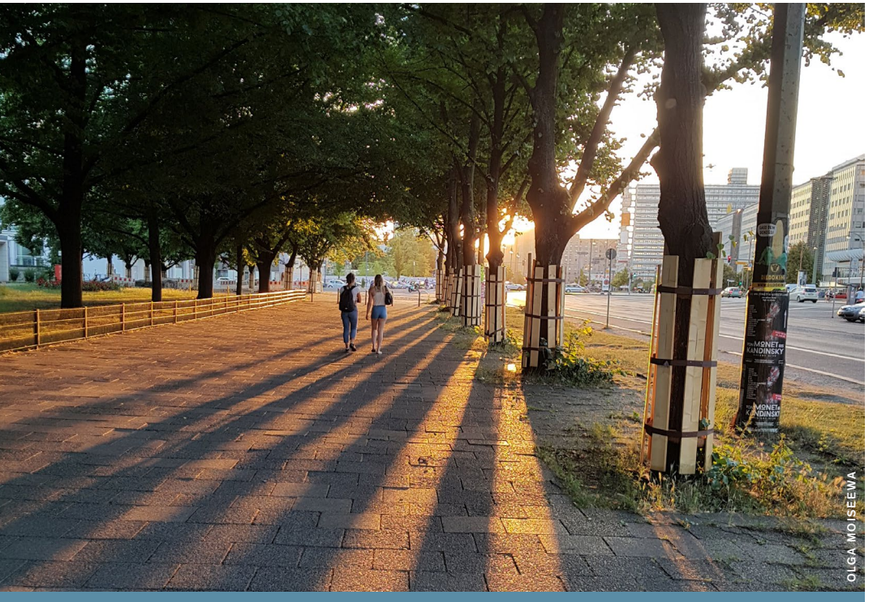
Ausgabe 3. Quartal 2018
Erscheint viermal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Haus der Statistik

Zehn Jahre Leerstand haben ihre Spuren hinterlassen. Das ehemalige Haus der Statistik gehört zwar nicht mehr zum Fördergebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt, es bildet aber dessen westliche Flanke.
Will Berlin dem Ziel näher kommen, das Wohngebiet zum UNESCO-Weltkulturerbe zu erheben, muss es bei der Sanierung und Nachverdichtung dieses Areals besonders behutsam vorgehen. Der wichtigste Schritt dazu war der Erwerb des Grundstückes von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für 56 Millionen Euro.
In einem weiteren Schritt wurde jetzt entschieden, wie die Fassade künftig aussehen soll (Seite 3). In den nächsten Monaten sollen darüber hinaus in transparenten Verfahren zunächst die planungsrechtlichen und später die architektonischen Grundlagen für die Sanierung und die Nachverdichtung erarbeitet werden. Auch darüber werden wir hier informieren.

Die Redaktion

CHRISTOPH ECKELT



BILDREPUBLIK

Auch diesmal erreichten uns wieder einige Einsendungen. Darunter dieses Foto (Ausschnitt) von Olga Moiseewa. Herzlichen Glückwunsch! Sie erhalten zwei Gutscheine für das Kino International. Unser kleiner Leserfoto-Wettbewerb geht weiter: Ob historische Dokumente oder jüngere Aufnahmen aus dem Gebiet, von ungewöhnlichen, schönen, komischen oder beeindruckenden Momenten – senden Sie uns Ihr Foto, das Sie besonders gelungen finden! In jeder Ausgabe wird die Redaktion dann das schönste Foto küren, veröffentlichen und mit einem Preis honorieren. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, uns keine Unikate bzw. Originale zu schicken, auf die Sie nicht verzichten möchten. Willkommen sind digitalisierte Bilder (im JPG-Format), die Sie per Mail an folgende Adresse schicken können: km-magazin@gmx.net oder auch Abzüge per Post an: Ulrike Steglich, c/o KM-Magazin, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin.

Wo finden Sie das »KM-Magazin«?

Da es nicht allzu viele öffentliche Auslegeorte im Gebiet gibt, haben wir uns entschieden, einen Großteil der Auflage über die Hausbriefkästen an die Haushalte zu verteilen. Da dies allerdings nicht flächendeckend möglich sein wird, werden wir das Magazin zusätzlich an wichtigen öffentlichen Orten im Gebiet auslegen.

Auslegeorte sind u.a.:
– das Bürgeramt im Rathaus Mitte
– Apotheke im »Haus der Gesundheit«
– das »Kino International«
– Mietertreff der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität, Schillingstraße 30
– Café/Restaurant »Albert's« Karl-Marx-Allee 35
– Café »Lotos«, Neue Blumenstraße 5
– Friseursalon »Haarschneider Berlin«, Schillingstraße 2
– Friseur Weydemeyerstraße 1
– »Babette«, Karl-Marx-Allee 36
– »Kantine«, Magazinstraße 15—16
– Ambulatorium, Schillingstraße 12

Haben Sie Vorschläge, wo das KM-Magazin noch ausgelegt werden sollte oder könnte? Bitte schreiben Sie uns oder rufen sie uns an: Ulrike Steglich, Tel. 283 31 27, km-magazin@gmx.net

KM-Magazin ins E-Mail-Postfach
Auf Wunsch senden wir das KM-Magazin auch als PDF per E-Mail zu. Einfach eine kurze Mail an km-magazin@gmx.net, und wir nehmen Sie in unseren elektronischen Verteiler auf.

In dieser Ausgabe

Haus der Statistik	3
Eröffnung des neuen Wasserspielplatzes	4/5
Veranstaltung zur Plansche Singerstraße	6
Bericht vom Stadtforum, Thema: Boden	7
Wie weiter mit der Schillingstraße?	8/9
Akteure im Gebiet I – Das Büro KoSP GmbH	10
Akteure im Gebiet II – TanzZwieEt	11
Ein Werbekonzept für die KMA II	12
Nachrichten	13/14
Adressen	15
Kolumne: Verwirrung der Sinne	16

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »KM-Magazin« c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt (eckelt@bildmitte.de), Tanja Schnitzler (fotografie@tanjaschnitzler.de)

Entwurf und Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Druck: Ruksaldruck GmbH & co. KG

V.i.S.d.P: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Kooperative Planung zum Haus der Statistik

Erste Ergebnisse zur künftigen Fassadengestaltung

Die Fassade des ehemaligen Hauses der Statistik soll »behutsam und zeitgemäß« rekonstruiert werden. Wie auf der Visualisierung zu sehen ist, schlägt das Büro »de+ architekten« zudem einen begrünten Baukörper entlang der Otto-Braun-Straße vor. Deren Entwurf wurde im August Sieger des »Fassadenwettbewerbs«, zu dem insgesamt 81 Vorschläge eingereicht worden waren. Zum Auftakt des »Integrierten städtebaulichen Werkstattverfahrens« zur Sanierung und baulichen Erweiterung des Ende der 1960er Jahre errichteten Gebäudeensembles am Haus der Statistik steht damit schon mal ein Bild in der Öffentlichkeit, das zeigt, wie das Gebäude vom Alexanderplatz her künftig aussehen könnte.

»Für viele Berlinerinnen und Berliner besteht mit dem Gebäude als Zeugnis des DDR-Städtebaus auch eine emotionale Verbundenheit. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit allen Beteiligten für einen Entwurf entschieden, der eine Rekonstruktion der alten Fassade mit modernen und gestalterisch wertvollen Elementen vorsieht und damit das Potential hat, diesen exponierten Ort im Herzen Berlins wieder für die Stadtgesellschaft erlebbar zu machen«, erläutert Sven Lemiss, der Geschäftsführer der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM). Diese verwaltet seit Oktober 2017 die Liegenschaft, die das Land Berlin vom Bund erworben hat. Seit 2008 steht sie leer und soll in den nächsten Jahren saniert werden. Die Flachbauten werden abgerissen, an deren Stelle und auf der Fläche des jetzigen Parkplatzes entstehen Neubauten. Dort soll die WBM auch rund 300 Wohnungen errichten.

Der größte Teil des Gebäudeensembles wird aber von der Berliner Verwaltung in Anspruch genommen – so soll dort ab 2028 auch das Rathaus Mitte samt BVV-Saal Platz finden. Ein Teil soll aber auch von Initiativen aus den Bereichen Kultur, Soziales und Bildung genutzt werden, die schon jetzt in der genossenschaftlich organisierten »Initiative Zusammenkunft Berlin« am Planungsprozess mitwirken.

Schon diese Nutzungsmischung ist ungewöhnlich – und erst recht der kooperative Planungsprozess, der fünf unterschiedliche Partner zusammenbringt: BIM, WBM und die Zusammenkunft e.G. sowie den Bezirk Mitte und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Dazu startet jetzt das »Integrierte städtebauliche Entwicklungsverfahren«, an dem drei Planungsbüros teilnehmen. In Kolloquien und Werkstattgesprächen wird bis zum Jahresende gemeinsam ein Gesamtkonzept entwickelt, dass danach als Grundlage für das Bebauungsplanverfahren dient. Damit wird dann rechtsverbindlich festgelegt, was genau an diesem Ort entstehen darf – der architektonische Entwurf wird erst später darauf aufbauen. An den Werkstattgesprächen sowie dem für Anfang Januar geplanten Abschlusskolloquium werden auch zwei stimmberechtigte »Vertreter*innen der Stadtgesellschaft« teilnehmen. Bis zum 25. September konnte sich jeder um diese in der üblichen Höhe honorierte Gutachterschaft bewerben, aus den Einsendungen werden zunächst 12 Kandidaten ausgelost und aus ihnen jeweils zwei Vertreter sowie ihre Stellvertreter ausgewählt.

Es fragt sich allerdings, ob das Haus der Statistik nach seiner Sanierung – im Raum steht derzeit das Jahr 2023 – tatsächlich dem hier abgebildeten Ergebnis ähneln wird oder ob in der Zwischenzeit nicht noch andere Varianten ins Spiel kommen. Vor allem der vorgeschlagene begrünte Baukörper entlang der Otto-Braun-Straße dürfte Probleme aufwerfen, denn natürlich ändern sich mit ihm die ursprünglich zwischen den Kooperationspartnern vereinbarten Rahmenbedingungen und damit auch die Kosten, die auf sie jeweils zukommen. Auch ist der Namenszug »Haus der Zusammenkunft«, den die Wettbewerbssieger auf die Dächer setzen, bisher lediglich ein Vorschlag.

Die grundsätzliche Entscheidung des »Fassadenwettbewerbs«, die ursprüngliche Außenansicht eher zurückhaltend zu rekonstruieren und dabei hauptsächlich in Weiß zu halten, gilt aber als gesetzt. Sie lässt den künftigen Architekten ausreichend Spielraum für die Aufteilung und Gestaltung der Innenräume und erhält andererseits die Beziehung des Gebäudeensembles zum direkt anschließenden Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt. Über den Bezirk war zwar auch die Idee eingebracht worden, die bestehenden Brüstungselemente im Original zu erhalten und zu sanieren. Das wäre aber nicht günstiger geworden, zudem hätte man eine Wärmedämmung innen im Gebäude anbringen müssen, wodurch insgesamt die Nutzfläche reduziert worden wäre.

Der Pavillon des ehemaligen »Fahrrad-Flöckner« in der Karl-Marx-Allee 1 steht unterdessen als Werkstatt auch für die Öffentlichkeit zur Verfügung. An jedem Dienstag, Mittwoch und Freitag ist hier ab 16 Uhr das »Café Statistik« geöffnet, freitags findet dann auch ein öffentlicher »Plantisch« statt. *cs*

Von links:
Maria Berning (SenStadtWohn),
Sabine Weißler und Ephraim Gothe
(Bezirksstadträte)

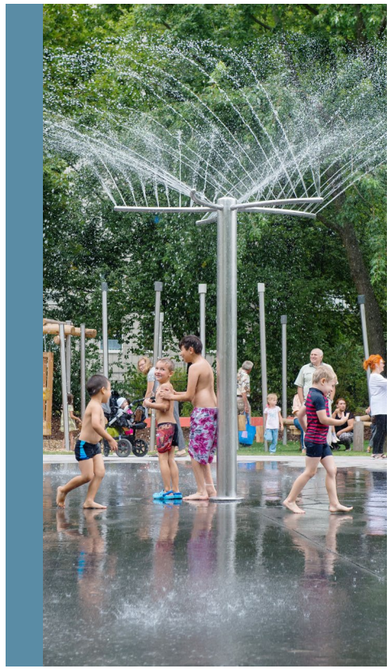
Sprudel auf Knopfdruck: Wasser marsch!

Der Wasserspielplatz Weydemeyerstraße wurde als erstes realisiertes Projekt im Fördergebiet KMA II feierlich eingeweiht

Sämtliche Befürchtungen, der Wasserspielplatz würde quasi erst im Herbst fertig sein, wenn die Kinder zumindest in diesem Jahr nichts mehr davon haben, erwiesen sich als grundlos: Bei der festlichen Eröffnung am 24. August war das Wetter zum ersten Mal nach der schier endlosen Hitzewelle diesen Sommers zwar leicht durchwachsen. Nach über sechs Wochen wartete der Tag immerhin mit ein paar Wolken und paar Regentropfen auf, was der Festlaune jedoch keinen Abbruch tat.

Man kann das auch als gutes Omen sehen: Willkommene Abkühlung verheißt ja auch der neue Wasserspielplatz. Und dann folgten immerhin weitere fünf Wochen Hochsommer, in denen sowohl die kleinen als auch die großen Anwohner den neuen Treffpunkt im Kiez intensiv nutzten.
Zur festlichen Einweihung kamen nicht nur viele Kinder der umliegenden Kitas und Schulen, sondern auch auffallend viele ältere Anwohner, die sich sicher noch gut an die alte Plansche an diesem Ort erinnern, die Anfang des neuen Jahrtausends wegen ihres schlechten baulichen Zustands geschlossen und mit einem Zaun gesperrt wurde.
Zur Eröffnung gab es eigens einen (dicht belagerten) Eisstand, Brezeln und Erfrischungsgetränke, auf Stelltafeln war eine kleine Fotodokumentation zur Baugeschichte zu sehen, und natürlich fehlten auch Reden und Danksagungen nicht. Erschienen war mit gleich drei Stadträten bemerkenswert viel Bezirksprominenz – Baustadtrat Ephraim Gothe, Stadträtin Sabine Weißler als Chefin u.a. des Straßen- und Grünflächenamtes und Stadträtin Dr. Obermeyer, die auch Leiterin der Spielplatzkomission ist. Auch Maria Berning von der zuständigen Senatsverwaltung ließ es sich nicht nehmen, zur Eröffnung ein paar Worte zu sprechen.
Und es gab ja allen Grund, diese Einweihung gebührend zu feiern. Schließlich ist das Vorhaben das erste, das im Gebiet mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« von der Planung bis zum Bau realisiert wurde. Und: Sowohl die vorgesehene Bauzeit (von November 2017 bis August 2018) als auch der Kostenplan wurden eingehalten, was in Berlin ja nicht selbstverständlich ist. Zudem ist hier ein äußerst attraktiver Ort entstanden, der mit Wasserspiel und vielfältigen Spielgeräten, mit Bänken, Rasen, Sträuchern und schattenspendenden Bäumen nicht nur Kindern als Tummelplatz dient, sondern auch Begegnungs- und Erholungsort für mehrere Generationen ist. Der Wasserspielplatz ist so gelungen, dass ihn das Bezirksamt als Beitrag des Bezirks Mitte beim Wettbewerb »Europäische Stadt – Wandel und Werte« als Beitrag eingereicht hat.
Dem eigentlichen Bau war eine ausführliche Planungsphase unter Beteiligung der Anwohner vorausgegangen. Sie hatte sich um ein Jahr verlängert, weil der erste Planungsentwurf aus dem Jahr 2014 noch einmal überarbeitet wurde. Denn mit dem Erlass der Erhaltungsverordnung und der Aufnahme des Gebiets in das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz im Jahr 2015 galten neue Rahmenbedingungen, die es ermöglichten, die Planungen auch auf die umliegenden Freiflächen auszuweiten und zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen. Damit konnten beispielsweise der Wasser-Spielbereich insgesamt erweitert und ein eigenes abgetrenntes Wasserspielfeld für Kleinstkinder eingerichtet werden, was die Nutzbarkeit insgesamt verbessert.
Auch wurden deutlich mehr Bänke als ursprünglich geplant aufgestellt, die sich ihrer Gestalt an den historischen Typen der 1960er Jahre orientieren. Die historischen Gehwegplatten wurden nach dem originalen Vorbild verlegt, eine neue Liegewiese angelegt. Zudem entstand im nördlichen, eher schattigen Bereich des Spielplatzes ein »Bewegungsparcours«, der den Platz auch für ältere Semester attraktiv macht – und inzwischen bereits rege genutzt wird. *cs/us*

Wasserspielplatz oder Plansche?



In den letzten Jahren wurden einige der ehemaligen Planschen in den Ostberliner Bezirken im Zuge der notwendigen Sanierung zu Wassersspielplätzen umgebaut, in Mitte beispielsweise am Nordbahnhof und im Weinbergspark. Sie haben kein klassisches Planschbecken mehr, sondern das Wasser kommt aus diversen Sprudelanlagen in unterschiedlichsten Formen bei Bedarf.
In der Weydemeyerstraße hätten es vor allem ältere Anwohner schon wegen der eigenen Erinnerungen, aber auch wegen des Denkmalwertes lieber gesehen, dass die Plansche originalgetreu wiederhergerichtet wird. Doch es gibt viele gute Gründe, die hier für ein Umdenken und eine Modernisierung sprechen.
Zum einen sind Wasserspielplätze enorm ressourcenschonend, weil wassersparend, was ganz nebenbei auch die Betriebskosten für die Kommune deutlich senkt. Denn das Wasser fließt eben nur gezielt »auf Bestellung« aus dem Hahn, während in Planschbecken viele Liter Wasser permanent zirkulieren müssen. Wer in diesem Sommer das vergilbte, oft sonnenverbrannte Stadtgrün allmählich verdorren sah, dem fielen gewiss viele Einsatzmöglichkeiten des auf diese Weise eingesparten Wassers ein. Berlin drohte zwar auch in diesem Rekordsommer noch keine Trinkwasserknappheit, doch auf den Klimawandel muss man sich mittel- und langfristig einstellen.
Auch technische Gründe und Sicherheitsbestimmungen sind zu berücksichtigen. Bei den Planschbecken müsste – wie in einem Schwimmbad – eine Umwälzpumpe das Wasser ständig durch eine Reinigungs- und Aufbereitungsanlage zirkulieren lassen, was baulich machbar, aber sehr aufwändig ist. Hinzu kommt, dass bei größeren Wassertiefen aus Sicherheitsgründen eine ständige Aufsicht notwendig wäre. Die gesetzlichen Vorgaben, an die sich auch der Bezirk halten muss, haben sich seit den 1960er Jahren auch hinsichtlich der Sicherheit und Hygiene eben deutlich geändert und sind strenger geworden.
Denn wo viele Kinder im lauwarmen, stehenden Wasser spielen, machen sich auch allerlei Keime breit. Diese bekämpfte man früher vor allem mit der Beigabe von reichlich Chlor, was oft zu geröteten Augen führte. Der typische Chlorgeruch des Wassers entsteht dabei übrigens erst nach dem Kontakt zu Harnstoff – aber auch der war in den Planschen ja reichlich vorhanden.
Heute ist man mit solch einem Chemieeinsatz viel vorsichtiger. Eine niedrige Dosierung in öffentlichen Badebecken dennoch vorgeschrieben, zusätzlich wird das Wasser oft auch mit Ozon gereinigt, was jedoch ziemlich aufwändig ist.
Nicht wenige Eltern lassen ihre Kinder aber gar nicht mehr in öffentliche Becken. Etwa jedes siebte Kind in Deutschland leidet nach Angaben des Robert-Koch-Instituts irgendwann an der nicht ansteckenden Hauterkrankung Neurodermitis. Gechlorte Wasserbecken sollen Kinder mit Neurodermitis möglichst meiden, während sich kühle Duschen mit frischem Trinkwasser sogar positiv auswirken.
Deshalb können sie auch Wasserspielplätze nutzen, wo ausschließlich frisches, nicht umgewälztes Wasser aus den Düsen sprudelt.
Aber auch die Spielgewohnheiten und die Vorstellungen der Kinder von einem attraktiven Spiel- und Planschplatz haben sich verändert. Und viele mögen Wasserspielplätze mit vielfältigen Sprudeln und Spielgeräten eben lieber als nur ein simples Becken. *cs/us*

Erinnerungen eines Plattenbaukindes

»Ich bin in den 70er Jahren in einem Neubauviertel groß geworden. Die Plansche war für uns ein zentraler Ort im Wohngebiet, das ja gerade erst hochgezogen worden war. Das angepflanzte Grün war noch mickrig, und zwar gab es – gerade in den geschützten Blockinnenbereichen – kleine Spielplätze, aber die Plansche war eben etwas Besonderes in einem Viertel, das vom nächsten Bade- oder Baggersee ziemlich weit entfernt war. An den warmen Sommertagen trafen sich die Kinder aus den umliegenden »Platten« an der Plansche, und auch die Sommerferien waren ja meist viel länger als die Urlaubszeit der Eltern, dann wurde es an der Plansche voll. Mütter oder (eher selten) Väter kamen nur mit, solange die Kinder sehr klein waren – so mit sechs, sieben Jahren ging man dann mit Freunden oder Geschwistern los, die Plansche war ja nicht weit weg und der Straßenverkehr überschaubar. Dort tummelte man sich dann, meist bis zur Abendbrotzeit.
Das Vergnügen war allerdings nicht immer ungetrübt: Immer mal wieder entdeckte man nach einem Planschtag merkwürdige rote Pickelchen auf der Haut, die Mütter kannten das schon und reagierten entsprechend gelassen. Bedeutend unangenehmer war es, wenn man plötzlich mit einer Schnittwunde am Fuß aus dem Wasser kam, weil man eine Glasscherbe übersehen hatte. Wie viele Kinder ihre Blase im Wasser erleichterten, will ich lieber nicht wissen, ab und an schwamm sogar ein etwas größeres »Geschäft« im Becken, das war dann ziemlich eklig. Nicht sehr angenehm war auch der glitschige Belag, der sich nach einer gewissen Zeit auf dem Boden sammelte. Dennoch war die Plansche einer unserer Lieblingsorte. Selbst als ich kein Kind mehr war und mich auf die Prüfungen der 10. Klasse und später das Abi vorbereitete, nahm ich bei schönem Sommerwetter meine Bücher mit an die Plansche und lernte dort – und konnte mich zwischendurch ein bisschen abkühlen.
Die Planschen waren sogar im Winter äußerst belebt und beliebt: denn dann wurden zumindest die größeren Becken kurzerhand zu Spritzeisbahnen umfunktioniert. Nicht nur ich lernte hier das Schlittschuhlaufen.
Inzwischen habe ich selbst schon erwachsene Kinder. Als sie klein waren, besuchten wir oft die Planschen in Mitte. Erst hatten diese noch die klassische Form, eben als großes Planschbecken, bis sie saniert und zu Wasserspielplätzen umfunktioniert wurden. Meine Kinder haben also beide Formen kennengelernt, und eindeutig fanden sie die Wasserspielplätze spannender. Einzige Mankos: Wegen der strengen Wasserqualitätskontrollen mussten ab und an die Wasserspender abgestellt werden. Und wegen der nicht immer trittsicheren und deshalb rutschigen Bodenbeläge gab es so manche Beule am Hinterkopf zu kühlen ...«
(aufgezeichnet von Ulrike Steglich)

Ideen für die Plansche Singerstraße

Öffentliche Entwurfspräsentation und Diskussion am 23. Oktober

Nun wird auch die Plansche Singerstraße demnächst saniert und neu gestaltet. Dabei soll sie jedoch in ihrer ursprünglichen Grundform als Planschbecken erhalten bleiben, so wünschten es sich auch insbesondere ältere Anwohner. Zur Grünfläche gehören das von Gehwegplatten eingefasste, ca. 20 cm tiefe Planschbecken im Zentrum, eine Liegewiese sowie die Randbegrünung mit Sträuchern und kleineren Bäumen sowie einem Zaun. Außerdem gehören ein Spielgerät, zwei Tischtennisplatten sowie mehrere Sitzbänke zur Ausstattung. Das Areal hat nicht nur eine wichtige Funktion als öffentliche, wohnortnahe Grünfläche, die von mehreren Zielgruppen intensiv genutzt wird – zusätzlich dient sie den Bewohnern auch als Durchgang zu den innenliegenden Wohnblöcken. In unmittelbarer Nähe befinden sich die Guths-Muths-Grundschule sowie das Max-Planck-Gymnasium, ein Kinderheim in der Neuen Blumenstraße und mehrere Kitas.

CHRISTOPH ECKELT

Die Planschen im Gebiet

Die Kinderplanschen waren in den 1950ern bis in die 1970er in DDR-Neubauvierteln ganz typische Naherholungs- und Spielorte, die das Wohnumfeld in der hitzigen Großstadt angenehmer gestalteten und meist über die Grenzen des Gebiets hinaus beliebt waren. Im Gebiet KMA II wurden zwei Planschen – jeweils eine im nördlichen und südlichen Teil des Gebiets – gebaut: die »blaue Plansche« in der Singerstraße und die »rote Plansche« Weydemeyerstraße.
Sie waren organisch geformte, mit farbigen Betonplatten befestigte, ca. 20 cm tiefe Wasserrückhaltebecken, die jeweils mit einer Liegewiese umgeben und durch Bäume und Sträucher eingefasst wurden. Die beiden Planschen verfielen jahrelang und befanden sich schließlich in einem sehr schlechten technischen Zustand, sodass die Plansche in der Weydemeyerstraße bereits vor einigen Jahren geschlossen werden musste. Auch die Plansche Singerstraße konnte in dieser Form nicht mehr genutzt werden. *us*

Zur Erarbeitung einer freiraumplanerischen Konzeption ist ein zweistufiges Gutachterverfahren mit einer breiten Bürgerbeteiligung vorgesehen. In einer ersten Stufe wurden bereits fünf Landschaftsarchitekturbüros eingeladen, eine Grundidee für die Gestaltung zu entwickeln. Zugleich fand im September eine breite Kinder- und Jugendbeteiligung zur Ideenfindung statt, die vom Verein Moabiter Ratschlag e.V. durchgeführt wurde.
Auf einer ersten großen öffentlichen Veranstaltung am 23. Oktober werden die eingeladenen Gestaltungsbüros dann ihre Grundideen präsentieren, Anwohner und Jury diskutieren im Anschluss die Entwürfe in ihrer Unterschiedlichkeit und auch mit Blick auf die Umsetzbarkeit, auch die Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung werden an diesem Abend vorgestellt.
Die drei favorisierten Entwürfe werden dann im nächsten Schritt von den jeweiligen Büros weiter bearbeitet und konkretisiert, sie haben dafür einen Monat Zeit. Nach der fachlichen Vorprüfung der Beiträge und groben Kostenschätzungen folgt ein zweiter öffentlicher Anwohner-Workshop, der am 4. Dezember stattfinden soll. Dabei werden die Büros ihre überarbeiteten Entwürfe präsentieren und für Rückfragen zur Verfügung stehen. Nach dem Ergebnisworkshop wird die Entscheidung über die Beauftragung getroffen und den Teilnehmern und anschließend der Öffentlichkeit mitgeteilt. Im nächsten Jahr sollen dann die Bauplanungsunterlagen erarbeitet und geprüft werden, 2020 soll schließlich die Baumaßnahme beginnen und im Folgejahr abgeschlossen sein.
Der Planung hatte zunächst wegen des akuten Personalmangels im Straßen- und Grünflächenamt eine erhebliche Verzögerung gedroht. Doch nun hat sich dort die Situation zumindest etwas entspannt, so dass es nun zügiger vorangehen kann.

Die öffentliche Veranstaltung findet am Dienstag, 23. Oktober, ab 18 Uhr im BVV-Saal im Rathaus Mitte statt. Alle Anwohner und künftigen Nutzer sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen! *us*

Folgender Ablauf ist geplant:
- Erläuterung der Aufgabenstellung durch das Stadtplanungsamt des Bezirks
- Vorstellung der Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung
- kurze Vorstellung der jeweiligen Entwürfe und Konzeptionen durch die fünf Landschaftsarchitekturbüros
- Zeit für Rückfragen und Diskussion
- Kurze Einschätzung zur Realisierbarkeit der einzelnen Entwürfe durch Fachleute/Gutachter (Stadtplanungsamt, Straßen- und Grünflächenamt)
- Stimmenabgabe: Jeder Bewohner und alle Beteiligten wählen per Aufkleber die drei von ihnen favorisierten Konzeptionen aus, die drei Entwürfe mit den meisten Punkten werden zur zweiten Phase eingeladen

CHRISTOPH ECKELT

Boden und Politik

Auf dem Stadtforum präsentiert der Senat seine Liegenschaftspolitik

Das Land Berlin hat im letzten Jahrzehnt in wohl keinem anderen Politikfeld so eine scharfe Wende vollzogen wie in der Bodenpolitik. Das wurde beim Stadtforum am 18. September deutlich, das sich im Friedrichshainer Veranstaltungszentrum Kosmos mit dem Thema »Boden« beschäftigte. Dort erklärte die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher die aktuelle Strategie des Senats, ihr zur Seite stand der Senator für Finanzen Matthias Kollatz.

Der Berliner Bodenmarkt ist außer Rand und Band. Das Schaubild zur Preisentwicklung an der großen Leinwand zeigte eine krasse Kurve, die sich Jahr für Jahr immer steiler nach oben reckt. Gleichzeitig, so erläuterte Professor Guido Spars aus Wuppertal, gehe die verkaufte Fläche fast genauso rapide zurück. Ein Teufelskreis aus steigender Nachfrage und sinkendem Angebot produziert inzwischen schon quartalsweise zweistellige Preissteigerungsraten. »Berlin«, so fuhr der Professor für die Ökonomie des Planens und Bauens fort, »rangiert international inzwischen ganz oben auf der Hitliste der Immobilienbranche. Deren Protagonisten begründen ihr Interesse aber auch mit den großen Flächenpotenzial der Stadt.«
Im Vergleich zu London, Paris und den meisten anderen Metropolen der Liga, in die die deutsche Hauptstadt preislich aufrückt, habe Berlin noch viele Flächen anzubieten. Insgesamt 54 Milliarden Euro seien im vergangenen Jahr aus dem Ausland in den Ankauf von Immobilien im vermeintlich »sicheren Hafen Deutschland« geflossen – und davon zehn Milliarden nach Berlin. Hier stamme schon 58 % des Umsatzes der Immobilienbranche von internationalen Anlegern.
Nach der neoliberalen Wirtschaftslehre müsste jetzt eigentlich der Staat eingreifen und den Markt beruhigen, in dem er massenweise Bauland verkauft, damit die Preise wieder fallen. Angesichts der globalen Nachfrage wären die knappen öffentlichen Bodenreserven dann aber im Nu weg, ohne dass sich irgendetwas ändern würde. Berlin macht genau das Gegenteil, wie der Finanzsenator zuvor dargestellt hatte. Nach der neuen »transparenten Liegenschaftspolitik« des Senats verkauft das Land grundsätzlich keine Grundstücke mehr an Dritte, sondern vermehrt im Gegenteil seinen Grundbesitz – das »Haus der Statistik«, das vom Bund erworben wurde, ist dafür ein erstes Beispiel, oder auch die Mietshäuser in Milieuschutzgebieten, die über die Ausübung von Vorkaufsrechten in den Bestand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften übergehen.
Veräußert die Stadt dagegen Immobilien, so schließt sie künftig in der Regel langfristige Erbpachtverträge. Dabei verbleiben die Grundstücke im Landesbesitz, nur die darauf errichteten Gebäude gehen an die Vertragspartner. Die zu zahlende Erbpacht wurde per Senatsbeschluss zuletzt um die Hälfte reduziert, bei Wohngrundstücken beträgt sie zum Beispiel nur noch 2,25% des festgestellten Verkehrswertes pro Jahr. Vergeben werden diese Pachtverträge in »Konzeptverfahren«, also nicht an den Meistbietenden, sondern an den mit dem besten Konzept.
»Noch vor wenigen Jahren waren das ziemlich radikale Ideen«, kommentierte die Moderatorin Frauke Burgsdorff. »Kaum einer von uns hätte damals geglaubt, dass die tatsächlich die Politik Berlins bestimmen sollten.« Im Jahr 2004 hatte das Land noch die Wohnungsbaugesellschaft GSW mit ihren 65.000 Wohnungen privatisiert, im Jahr 2009 waren noch Plattenbauten mit öffentlicher Förderung abgerissen worden. Im Jahr 2011 gründete sich die Initiative »Stadt Neudenken«, die seitdem sehr erfolgreich die Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik vorantreibt. Schon ein Jahr darauf stellte das Land die »Politik des Abverkaufs« (Kollatz) ein und ging in den Folgejahren schrittweise zur neuen Liegenschaftspolitik über. Dabei ist sie inzwischen an den Grenzen dessen angelangt, was einer Landesregierung möglich ist. Um noch weiter zu gehen – Katrin Lompscher brachte zum Beispiel die Ausweisung von »Vorkaufsrechtsgebieten« in die Debatte, in denen ähnlich wie in Milieuschutzgebieten die Kommune besondere Vorkaufsrechte hätte – müsste freilich Bundesrecht geändert werden. Über den Bundesrat ist Berlin derzeit an verschiedenen Fronten aktiv. Matthias Kollatz verwies in diesem Zusammenhang auf Erfolge. So sei es beispielsweise gelungen, den Verkauf des Dragoner-Areals in Kreuzberg an Privatinvestoren zu verhindern: »Das war das erste Mal, dass der Bundesrat eine Vorlage zurück gewiesen hat, weil eine Mehrheit der Länder eine Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes fordert.«
Denn auch andere Metropolen in Deutschland stehen vor ähnlichen Problemen. Davon konnten auf den Foren Vertreter aus Hamburg, Frankfurt und München berichten. Dort explodieren die Preise zwar nicht ganz so schnell wie in Berlin. Das liegt aber vor allem daran, dass sie dort schon in der Vergangenheit stark nach oben geschossen sind. Und weil auch Städte wie Kiel oder Mainz oder Stuttgart mit diesem globalen Sog kämpfen müssen, stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass sich auch an der Bundesgesetzgebung etwas ändern lässt. *cs*

»Es ist hier ja nüscht mehr!«

Eine öffentliche Veranstaltung zur Zukunft der Schillingstraße sorgte für heiße Debatten

Mit einem derart großen Interesse hatte man nicht gerechnet: Rund 120 Anwohnerinnen und Anwohner kamen am 11. September zur »Informationsveranstaltung für das Standortentwicklungskonzept Schillingstraße« ins Rathaus Mitte. Die Stühle im großen BVV-Saal reichten kaum aus. Aber nicht deshalb war die Stimmung so aufgeheizt …

Denn offensichtlich empfinden viele Bewohner des Gebiets südlich der Karl-Marx-Allee eine große Wut über die Entwicklung der Schillingstraße. »Es wird immer mieser!« und »Es ist hier ja nüscht mehr!« waren da noch die harmloseren Einwürfe. Von den Einkaufsmöglichkeiten für Waren des täglichen Bedarfs ist dort nur noch der »Netto« übrig geblieben, die Kaufhalle an der Holzmarktstraße steht leer, genauso wie der ehemalige »TEDi« an der Ecke Singerstraße. Und zuletzt wurde auch noch der Lidl auf der gegenüberliegenden Seite der Holzmarktstraße abgerissen. Auch gastronomisch ist nach dem Ende der »Bar Babette« Anfang September von dem, was einst war, kaum noch etwas da. Der Babette-Pavillon wurde dem Café Moskau zugeschlagen, das, einst ein Vorzeigerestaurant Ostberlins, nur noch für »Events« zur Verfügung steht. Sehr zu schaffen macht den vielen älteren Anwohnern aber vor allem der Niedergang des Ambulatoriums in der Schillingstraße 12, wo nur noch wenige medizinische Praxen ausharren, die Apotheke leer steht und das Gebäude zusehends verfällt. »Ihr habt das total versaut!« war die üblere Variante dessen, was an diesem Abend so von sich gegeben wurde.

Gisbert Preuß, der für den Gebietsbetreuer, das Büro KoSP GmbH, die Veranstaltung moderierte und Andre Zschaler, der auf dem Podium das Stadtentwicklungsamt des Bezirks vertrat, kann man jedoch nicht für die Privatisierung der Gewerbegrundstücke entlang der Schillingstraße verantwortlich machen und auch nicht für die Goldgräberstimmung auf dem Berliner Immobilienmarkt:
Die Grundstückswerte steigen rasant in Berlin und explodieren geradezu in Lagen wie »nahe des Alexanderplatzes«. Der Bezirk arbeitet daran, das Gemeinwohl in diesem Bereich zu definieren und über Bebauungspläne abzusichern, damit auch künftig noch Handel, Gastronomie und Gesundheitseinrichtungen an der Schillingstraße Platz finden können.
Weil aber sehr viel Geld im Spiel ist und weil man deshalb auf Klagen der privaten Eigentümer gefasst sein muss, müssen die entsprechenden Festsetzungen umso sorgfältiger begründet werden. Dazu dient auch das »Standortentwicklungskonzept Schillingstraße«, das auf der Veranstaltung vorgestellt werden sollte. Mit diesem Konzept will der Bezirk nachweisen, dass an der Schillingstraße ein Bedarf an besagten Flächen besteht – auch wenn aus der Sicht manch eines privaten Projektentwicklers ein Supermarkt im Erdgeschoss eines Neubaus die Vermarktung von luxuriösen Eigentumswohnungen in den Obergeschossen erschwert.

Der Diplom-Geograf Mark Hädicke hatte deshalb im April für die »CIMA Beratung und Management GmbH« den Gewerbestandort Schillingstraße untersucht.
In seinem Vortrag präsentierte er diverse Statistiken, erzählte aber damit den Anwohnern freilich nichts Neues. Dass sich in der Schillingstraße die meisten Passanten vor dem »Netto« aufhalten oder dass die Mehrheit der Anwohner sich zusätzliche Läden in der Straße wünscht (und vor allem auch wieder mehr Gesundheitseinrichtungen), das wussten die auch schon vorher. Ob es sie beruhigt hätte, wenn man klarer begründet hätte, warum der Bezirk diese Untersuchung in Auftrag gegeben hatte? Der bloße Verweis auf die Vorgaben des »Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts« für das Fördergebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt jedenfalls sagte den meisten Anwesenden nichts. Allerdings hätte auch eine ausführlichere Einführung die Gemüter wohl nicht wirklich beruhigen können.

Denn schon nach zehn Minuten Vortrag kamen die ersten Zwischenrufe, etliche fragten sich, worum es bei der Veranstaltung überhaupt ging. Als die Analyse beendet war und über Konkretes geredet werden sollte, war es schon kaum noch möglich, vernünftig miteinander zu diskutieren. Die letzten aufrechten Nutzer des »Ambulatoriums« lieferten zwar noch informative Beiträge über die Zustände im Gebäude. Das wird von der landeseigenen »Berliner Immobilienmanagement GmbH« (BIM) verwaltet, die aber nur noch das Allernotwendigste repariert und Mietverträge über maximal ein Jahr abschließt. Seit drei Jahren heißt es, die Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität solle vielleicht das Grundstück von der BIM übernehmen und an der Schillingstraße Neubauten mit Wohnungsbau und Gewerbe im Erdgeschoss errichten. Aber über den aktuellen Stand dieser Gespräche konnte niemand so recht Auskunft geben.
Erst als gegen Ende der Veranstaltung Bezirksstadtrat Ephraim Gothe hinzukam, gab es auch neuere Informationen. Im Nebenraum des großen Saals hatte der BVV-Ausschuss für Soziales und Gesundheit getagt, erst nach dessen Ende konnte der Stadtrat erscheinen. Da war ein großer Teil der Anwohner leider schon gegangen. Den übrigen konnte Gothe Hoffnung machen: Genau eine Woche zuvor, am 4. September, habe der Senat von Berlin beschlossen, künftig Grundstücke der BIM bevorzugt auch an Genossenschaften zu vergeben. Dadurch sei jetzt der Verkauf des Ambulatoriums wesentlich realistischer geworden. Und die Genossenschaft hätte sich ihm gegenüber grundsätzlich dazu bereit erklärt, dort zu bauen, so der Stadtrat. Immerhin ein Hoffnungsschimmer, dass die Hängepartie an diesem Teil der Straße langsam zu Ende geht.

Im nordöstlichen Block der Schillingstraße sieht der Bebauungsplanentwurf des Bezirks den Neubau von insgesamt vier einzeln stehenden fünfgeschossigen »Wohngebäuden mit Funktionsunterlagerungen« entlang der Schillingstraße vor. Zwei der benötigten Grundstücke, nämlich die zwei südlichen, befinden sich bereits im Besitz der »Solidarität«, ein Teil des mittleren, dritten Grundstücks gehört jedoch noch einem Privateigentümer, mit dem man sich einigen müsste.
Auf dem Grundstück der BIM mit dem jetzigen Ambulatorium im Norden wäre Platz für größere Gewerbeeinheiten: der B-Plan-Entwurf »1-83b« sieht hier eine größere Gewerbefläche im Erdgeschoss von rund 1.200 Quadratmetern vor, die tief in das Grundstück hineinragen würde. Südlich der Einmündung der Singerstraße macht die Bebauungsplanung ähnliche Aussagen. Auch auf den beiden Grundstücken des ehemaligen TEDi-Marktes sowie des »Netto« wären jeweils gut 900 bis 1.100 Quadratmeter große gewerbliche Erdgeschosszonen in ihrem vorderen Teil entlang der Schillingstraße von vier zusätzlichen Wohngeschossen überbaut (B-Plan-Entwurf 1-83e). Mit rund 1.350 Quadratmeter etwas größer ist der bebaubare Bereich auf dem Grundstück

Holzmarktstraße 66 (B-Plan-Entwurf 1-60b). In diesem Eingangsbereich der Schillingstraße sollen sogar fünf zusätzliche Wohngeschosse möglich sein. Alle diese Grundstücke befinden sich allerdings in Privateigentum. Und das heißt derzeit: Es tut sich erst mal nichts.

Ephraim Gothe machte keinen Hehl daraus, dass er die Privatisierungen dieser Gewerbegrundstücke seit der Wende für einen Fehler hält: »Die könnten wir heute problemlos mit Hilfe der Wohnungsbaugesellschaften entwickeln.« Aber auch er kann das Rad der Geschichte nicht zurück drehen. Weder Bezirk noch Senat können den Privateigentümern vorschreiben, wann sie dort bauen und an wen sie dort später ihre Gewerberäume vermieten sollen. Bebauungspläne können auch nur grob vorgeben, dass dort z.B. Flächen für den Einzelhandel entstehen müssen.
Doch angesichts des schier unaufhaltbaren Anstiegs der Grundstückswerte in den letzten Jahren verspüren die Eigentümer wenig Druck, dort auch tatsächlich zügig Neubauprojekte zu realisieren.
Denn erfahrungsgemäß lassen sich die Grundstücke im kommenden Jahr mit noch deutlich höherem Gewinn als in diesem Jahr weiterverkaufen, denn auch die Eigentumswohnungen, die dort gebaut werden würden, werden Jahr für Jahr ja immer teurer. Was sollte man also mit dem Gewinn anfangen? Profitabler als in ein bebaubares Grundstück in der Nähe des Alex könnte man ihn ja kaum irgendwo investieren.
Bei der Hängepartie im südlichen Bereich der Schillingstraße ist deshalb ein Ende noch nicht in Sicht. *cs*

Nicht gesucht und doch gefunden:

Beim Surfen im Internet stolpert man ja manchmal über allerlei Überraschendes. Beim Googeln von »Holzmarktstraße 66« stößt man zum Beispiel auf folgende Textpassagen (inkl. Schreibfehlern) einer Firma namens iventinc (»Ihr Nr.1 Location Finder«):

SUPERMARKT AN DER JANOWITZBRÜCKE

Mieten Sie einen ehemaligen Supermarkt als exklusive Eventlocation – Der Supermarkt an der Janowitzbrücke steht Ihnen für verschiedenste Anlässe zur Verfügung!

Der Supermarkt an der Janowitzbrücke ist zentral in Berlin Mitte gelegen und für Sie und Ihre Gäste optimal zu erreichen. Die Location kann exklusiv für beispielsweise Modenschauen, Shootings, Ausstellungen und vieles mehr gemietet werden.

Gestalten Sie Ihr Veranstaltungskonzept in den flexiblen Räumlichkeiten des Supermarktes und verwirklichen Sie Ihre Ideen und Vorstellungen für ein erfolgsversprechendes Event.

Geschäftliche Veranstaltungen finden hier einen individuellen Rahmen. Machen Sie Ihr Event zu etwas ganz Besonderem und nutzen Sie die vielfältigen Möglichkeiten des flexiblen Raumkonzeptes.

Durchschnittliches Preisniveau
Flexibler Catering-Partner
max. 800 sitzend, 1000 stehend

Der Hintergrund: Der Eigentümer des Grundstücks könnte eigentlich losbauen, hat aber sein Neubauvorhaben offensichtlich vorerst auf Eis gelegt. Stattdessen wird die ehemalige Kaufhalle nun an Kurzzeit-Zwischennutzer vermietet.

CHRISTOPH ECKELT

Die Kommunikatoren

Das Büro KoSP ist der wichtigste Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger im Fördergebiet

Kurz nachdem das Erhaltungsgebiet »KMA II« im Jahr 2015 auch in das Bund-Länder-Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« aufgenommen wurde, beauftragte das Bezirksamt Mitte nach einer Ausschreibung das Büro KoSP mit der Prozesssteuerung für das Gebiet.

Prozesssteuerung (oder auch: Gebietsbetreuung) ist ein sperriges, abstraktes Wort für die Arbeit des Büros KoSP, das schon viele Fördergebiete begleitet hat. Die derzeit 18 Mitarbeiter sind Diplom-Ingenieure sowie mehrere Bachelor- und Master-Absolventen und bringen Kenntnisse aus den Fachgebieten Stadt- und Regionalplanung, Architektur, Denkmalpflege, Geografie, Öffentlichkeitsarbeit und Mediation ein.
Zum Team »KMA II« gehören Gisbert Preuß, Weronika Bartkowiak, Hannah Münzer, Annabelle Haecker (im Foto v.l.n.r.) sowie der Architekt Georg Wasmuth vom »büro west«, der bei allen Maßnahmen insbesondere auf die Einhaltung der Gebietstypik und der denkmalgerechten Erneuerung achtet (siehe S.12). Viele werden ihre Gesichter schon von öffentlichen Veranstaltungen kennen, die bislang im Gebiet stattfanden. Für die Bürgerinnen und Bürger sind sie der wichtigste Ansprechpartner.
Sie haben – in enger Abstimmung mit dem Bezirk und anderen Akteuren – das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (kurz: ISEK) für das Gebiet erarbeitet, sind in sämtliche Planungen und Projekte einbezogen und haben Ein- und Überblick über die laufenden Prozesse.
Sie nehmen an den monatlichen Arbeitstreffen der Bezirksverwaltung teil und fungieren als Kommunikatoren zwischen Anwohnern, Verwaltung und anderen.
Die KoSP-Mitarbeiter organisieren die öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen im Gebiet und erarbeiten Informationsmaterialien für die Bürger. Auch die Organisation von Workshops oder besonderen öffentlichen Anlässen – wie jüngst die festliche Eröffnung des Wasserspielplatzes Weydemeyerstraße – gehören zu ihren Aufgaben, und ohne den immensen Arbeits- und Organisationseinsatz hätte es das diesjährige Stadtteilfest wohl kaum gegeben.
Wichtig ist ihnen, auch im Alltag vor Ort präsent zu sein. Deshalb bieten sie zweimal in der Woche eine öffentliche Sprechstunde im Erdgeschoss der Schillingstraße 30 an.
Gern würden sie eigene Räume anmieten und dort so etwas wie einen Stadtteilladen einrichten, eine Art Bürgerzentrum, in dem dann beispielsweise auch der Nachbarschaftsrat seine Treffen abhalten und andere kleinere Veranstaltungen stattfinden könnten. Doch es ist gar nicht so einfach, geeignete und bezahlbare Räume im Gebiet zu finden, diese Erfahrung macht auch das KoSP. Der Versuch, in Räumen der Schillingstraße 12 ein Büro einzurichten, scheiterte bislang trotz vieler Versprechungen der landeseigenen BIM (Berliner Immobilienmanagement) als Grundstückseigentümerin. Und eine zweite Möglichkeit im Kino International würde erst funktionieren, wenn das International einen entsprechenden Umbau finanzieren kann. Doch bis neue, eigene Räumlichkeiten gefunden sind, gibt es weiterhin die Sprechstunden in der Schillingstraße 30, wo Anwohner jederzeit Gehör finden, sie ihre Fragen und Probleme loswerden und Informationen bekommen können.
Auch den Nachbarschaftsrat haben die Mitarbeiterinnen vom KoSP seit seiner Gründung bei den ersten Schritten mit Hilfe und Rat begleitet, ihm geholfen, die Strukturen in Planungsprozessen zu verstehen, ihn mit Informationen versorgt. Inzwischen hat sich aus dem Nachbarschaftsrat heraus auch ein Verein gegründet.
Last not least, kümmert sich das KoSP auch um die Präsenz im Internet. So hat es für das Gebiet eine eigene Website aufgebaut und verschickt an alle Interessierten einen regelmäßigen Newsletter.

us

KoSP GmbH – Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement
Die Ansprechpartner und ihre jeweiligen Kontaktdaten finden Sie auf S. 15
www.kosp-berlin.de / www.kma-mitte.de
(Hier finden sie auch das ISEK und andere Materialien)

Wer sind die Akteure im Gebiet?

**Ein Wohngebiet wird erst lebendig durch die Menschen, die hier auf unterschiedlichste Weise »zu Hause« sind – egal, ob sie hier wohnen, arbeiten, lernen, andere Menschen betreuen, Kultur machen, die sich um das Gebiet kümmern.
Einen Eindruck davon, wie viele es sind, die mit ihren Aktivitäten auf unterschiedlichste Weise das Gebiet prägen, bekam man auf dem Stadteilfest Anfang Mai. An den zahlreichen Ständen konnte man viele kennenlernen: von den Wohnungsgenossenschaften oder der Volkssolidarität über das Schulgartenprojekt am Max-Planck-Gymnasium, die »Mosaik«-Werkstätten, den ABC-Sportverein bis hin zu Gewerbetreibenden, Kultur- und Nachbarschaftsinitiativen des Gebiets, auf der Bühne sah man Auftritte von Schulbands oder des Vereins »TanzZwiet«.
An Stelltafeln konnte man sich über planerische Entwicklungsziele und Projekte für das Erhaltungsgebiet informieren und mit den Beteiligten ins Gespräch kommen, vor allem mit Mitarbeitern der Bezirksverwaltung und des Büros KoSP als Gebietsbetreuer für die KMA II.
Doch meist kennen wir viele gar nicht, die Teil dieses Mosaiks sind. oder wissen nicht, was sie eigentlich genau tun. Deshalb stellen wir in einer kleinen Serie zumindest einige der Akteure vor. In diesem Heft sind es das Büro KoSP und der Verein »TanzZwiet« (S.11).**

CHRISTOPH ECKELT

Rette es, wer kann!

Am 31. Mai 2019 endet für die TanzZwiEt am Strausberger Platz 19 der im Juli 1999 geschlossene Mietvertrag mit der Wohnungseigentums- und Sondereigentumsverwaltung Optima Living. Einer sogenannten Gebrauchsfortsetzung wird durch den Vermieter ausdrücklich widersprochen.

Es ist eine Vertreibung mit Vorlauf: Jahrelang gab es Auseinandersetzungen mit dem eigentlichen Eigentümer (es ist heutzutage oft nicht einfach, die hinter den blumigen Namen von Hausverwaltungen versteckten Eigentumsverhältnisse zu erkunden, in diesem Falle aber doch). Christian Boros, ein gern als Kunstmäzen bezeichneter Mann, der in Berlin eine international aufgestellte Agentur für Kommunikation betreibt, sieht sich gern als jemand, der gesellschaftliche Verantwortung übernimmt und Gutes tut. Das verbindet ihn mit seinem Eigentümer-Nachbarn, dem Investor Nicolas Berggruen, dem u.a. die Immobilien Café Moskau und Bar Babette gehören. Das Babette ist inzwischen zu, denn auch Berggruens gute Taten reichen nur von hier bis zur Rendite. Das Café Moskau und der angrenzende Rosengarten schicken sich hin und wieder an, die Bürgerin und den Bürger zu empfangen und den Eindruck zu erwecken, sie seien ein offenes Haus. Danach gibt es hübsche Pressemeldungen und der Laden ist wieder zu für die Öffentlichkeit – stattdessen ein Ort für teuer bezahlte Events für gut zahlende Kundschaft. Die Bürger*innenschaft zählt nicht dazu.
Die TanzZwiEt e.V. leistet als ein freier Träger der Jugendkulturarbeit seit mehr als zwanzig Jahren das, was man Sozialraumarbeit nennt. Ein sperriger Begriff, hinter dem sich in diesem Fall verbirgt, dass zwischen 600 bis 700 Kinder und Jugendliche aus dem Quartier und den angrenzenden Stadtgebieten viele schöne Stunden miteinander verbringen. Tanzen ist etwas Wunderbares. Gemeinsam Tanzen setzt dem Wunderbaren noch eine schöne Krone auf. Nicht nur, aber auch, weil zusammen Erfolge erarbeitet werden, die sich dann auch oft in Preisen und Wettbewerbssiegen niederschlagen.
Aber das ist nicht das Hauptanliegen jener Menschen, die in der TanzZwiEt arbeiten. Und auch nicht, dass so manche Schülerin und mancher Schüler später tatsächlich an die Staatliche Ballettschule kommt. Eher geht es darum, dass hier Träume verwirklicht werden. An einem Begegnungsort, wo Mädchen und Jungen gemeinsam lernen, sich bewegen können, wo vorurteilsfrei und integrativ soziale und kulturelle Kompetenz vermittelt und spartenübergreifend gearbeitet wird. Mit denen, die an anderen Orten im Quartier und darüber hinaus integrative Arbeit leisten: Schulen, andere Initiativen, Nachbarschaften, Kultureinrichtungen. Kooperatives Arbeiten nennt man so etwas, es ist ein hohes Gut in Zeiten, da der soziale Zusammenhalt eine fragile Angelegenheit zu sein scheint, soziale Spaltung mehr als ein Schlagwort ist und das Augenmerk oft mehr auf Differenzen und ausgrenzenden Vorurteilen liegt, als auf Gemeinsamkeiten und Kooperation.
Langjährige Bindungen sind entstanden, Eltern engagieren sich, Kinder und Jugendliche, die aus einkommensschwachen Verhältnissen kommen, haben einen Ort gefunden, an dem sie sich Wünsche erfüllen können, Pädagoginnen und Pädagogen haben ihr Herzblut und ihre Expertise in die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern gesteckt – all das, so denkt man, sollte doch nicht einfach deshalb beendet werden müssen, weil sich hier privat vor Katastrophe stellt und Eigennutz den Fortgang der Dinge bestimmt.
Eine jahrelange Auseinandersetzung mit dem Eigentümer der Räume, der es nie für nötig gehalten hat, sich von der Arbeit der TanzZwiEt persönlich einen Eindruck zu verschaffen, hat die Beteiligten zermürbt, ihnen aber sicher nicht den Willen ausgetrieben, eine Lösung für die Raumfrage zu finden. Das Absurde, aber für Berlin zugleich Normale an der Geschichte ist, dass eigentlich alle im politischen und gesellschaftlichen Raum an einer solchen Lösung interessiert sind und eine solche Lösung wollen, aber angesichts der Situation auf dem Wohnungs- und auch Gewerberäumemarkt bislang einfach keine gefunden werden konnte.
So viele Gespräche wurden geführt und verliefen im Sande. Fast hat es schon mal einen Vorvertrag gegeben, dann entschied der Privateigentümer des neu gebauten Hauses, dass anderweitig vielleicht mehr zu bekommen ist, als von einem eingetragenen Verein. Es gibt einfach so gut wie keine Räume, und wenn es welche gibt, sind sie nicht bezahlbar.
Gegenwärtig kann ganz vorsichtig ein wenig Hoffnung geschöpft werden, aber in warmen Tüchern ist noch nichts. Was die TanzZwiEt braucht, ist Unterstützung von allen Seiten. Und auch wenn die Erfahrungen mit dem Babette, das eben mehr war als eine Bar, in der man schön sitzen konnte und gute Cocktails bekam, nicht sonderlich ermutigend sind: Es muss möglich sein, jenen, die eine Stadt in erster Linie unter den Gesichtspunkten ihrer Verwertbarkeit und sozusagen als große Immobilie betrachten, zumindest zu zeigen, dass es jenseits dessen noch etwas anderes gibt. Nennen wir es gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Weitsicht und bürgernahes Handeln. Auch wenn es anders aussieht: Die Stadt gehört nicht jenen, die meinen, sie kaufen zu können.

Hannah Hoffmann

Mehr Infos unter www.tanzzwiet.de

Werbung als Teil des Stadtbildes

An der Karl-Marx-Allee sind sie unübersehbar: Jene großzügigen Schriftzüge auf Dächern der Hochhausscheiben links und rechts der Magistrale, die in frei stehenden Lettern für Produkte sozialistischer Betriebe warben: für »LKW Tatra« oder »balkancarpodem«. Für ein Kind, das in den 60er und 70er Jahren in der DDR aufwuchs, gehörten die prägnanten, auf Hochhäusern montierten Werbeschriftzüge zum Bild der modernen Großstadt; in Leipzig, Dresden oder Ostberlin kündeten sie von technischem Fortschritt, ob vom VEB Jena Optik, AKA Electric, Robotron oder Wartburg.

Es gehörte zu den weiseren Entscheidungen der Nachwendezeit in Ostberlin, diese Schriftzüge zu erhalten, auch nach der Sanierung der Plattenbauten.
Das war, noch bevor die Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt als Flächendenkmal und herausragendes Beispiel der Nachkriegsmoderne unter Schutz gestellt wurde. So entgingen diese Zeitzeugnisse dem Schicksal, das die meisten ihrer Vorgänger in den Altbaugebieten ereilte: Aufschriften auf Fassaden und Wänden, die vor etlichen Jahrzehnten für Herrenschneider, Seifengeschäfte oder koschere Lebensmittel geworben hatten, verschwanden plötzlich im Zuge der Sanierung unter Putz und frischer Tünche. Mit ihnen verschwand auch ein Stück lesbarer Stadtgeschichte.
Werbung im Stadtbild ist mehr als nur simple Information oder Kaufanreiz – in ihrer Gesamtheit, ihren Aussagen und ihrer Ästhetik dokumentieren sie auch unterschiedliche historische Schichten.
Die Palette heutiger Werbung ist groß: von der riesigen, grellen Leuchtwand über Markenlogos oder Geschäftsnamen bis zu schlichten Hinweisschildern z.B. für Arztpraxen, von sachlich-nüchterner Beschriftung über knallbuntes Bling-Bling bis hin zum sorgfältig auf den Gebietscharakter abgestimmten Design. Für letzteres stehen beispielsweise die Schriftzüge auf dem Café Moskau oder dem Kino International: der bekannte Gestalter Klaus Wittkugel hatte dafür in den 60er Jahren eigens eine spezielle Schrift entwickelt, die freistehenden Lettern prägen seitdem das Bild der Magistrale.
Doch angesichts der überbordenden Fülle immer lauterer Werbebotschaften wird seit einigen Jahren in Berlin immer wieder diskutiert, wo eventuell Grenzen zu setzen sind, ob man es beispielsweise zulassen soll, dass großformatige Werbeflächen ein historisches Gebäude dominieren oder nahezu komplett verdecken.
Für die KMA II erarbeitet der Architekt Georg Wasmuth, der auch zum gebietsbetreuenden KoSP-Team gehört, im Auftrag des Bezirks derzeit ein Werbekonzept, das bislang in einer Arbeitsfassung vorliegt. Ziel ist dabei nicht, Eigentümern und Gewerbetreibenden künftig strenge Vorschriften zu machen, wie ihre Werbung auszusehen hat, sondern ihnen vielmehr ein Instrument zur Orientierung an die Hand zu geben, welche Erscheinungsformen der Gebietstypik eher entsprechen oder eher nicht zuträglich sind.
Basis des Konzepts ist eine umfassende Bestandsaufnahme. In monatelanger akribischer Arbeit hat KoSP-Mitarbeiterin Annabelle Haecker das Gebiet durchstreift, unzählige Werbeschilder dokumentiert und verortet. Diese Bestandsaufnahme ist schon eine Entdeckung an sich: wer sie durchblättert, wird nun vielleicht mit einem anderen Blick durchs Viertel gehen. Die Vielfalt der Formen ist verblüffend. Große Lettern, kleine Hinweisschilder, Schaufensterbeschriftungen, Leuchtkästen, Aufkleber, auskragende Unternehmenslogos, Sammelschilder, kleine Flachtransparente ...
Georg Wasmuth ist »begeisterter Denkmalpfleger«, wie er selbst sagt. Und er hat einen aufmerksamen Blick für Details, denen leider zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet werde. »Die Geschichte und Ästhetik der Werbung wird oft nicht berücksichtigt. Aber es ist ein Fehler, das ständig auszublenden.« Werbung sei schließlich Teil des Stadtbildes, und beim Erzählen kann er durchaus ins Schwärmen kommen: »Man denke beispielsweise an die Aufnahmen vom Kudamm der vorletzten Jahrhundertwende. Oder die großartige Werbung aus den 60er Jahren auf den Wohnhäusern: Es sah einfach toll aus, wenn sie in die Nacht leuchteten, sie zeugten ja auch vom Zukunftsglauben.«
Mit dem Konzept gehe es nicht darum, überall dieselbe Typographie und Formsprache zu verordnen. »Die frei stehenden Lettern etwa sind ja nur in bestimmten Teilen des Gebiets prägend.« Andererseits sei es die denkbare schlechteste Lösung, wenn die Gewerbetreibenden »einfach irgendwelche Kästen kaufen und die hinhängen. Das verdirbt auch die Architektur.«
Bis Anfang nächsten Jahres soll das Werbekonzept dann in seiner endgültigen Form vorliegen. *us*

CHRISTOPH ECKELT

CHRISTOPH ECKELT

Abschied vom »Kosmetiksalon Babette«

Die letzten Augustabende fühlten sich an, als seien sie eigens für den »Kosmetiksalon Babette« gemacht. Die Sommerabende waren lau, draußen vor der Bar konnte man die Dämmerung aufziehen sehen und über der großstädtischen Karl-Marx-Allee spektakuläre Sonnenuntergänge beobachten.
In und vor dem »Babette« summte es bis in die Nachtstunden wie im Bienenkorb, Sitzplätze draußen waren heiß begehrt. Viele ließen es sich nicht nehmen, diesem besonderen Ort noch einmal seine Referenz zu erweisen, einen letzten, dann noch einen allerletzten Abend hier zu verbringen, bevor die »Bar Babette« endgültig schließt. Es war ein wehmütiger Abschied.
2003 konnte Maik Schierloh den Pavillon, in dem sich zu DDR-Zeiten ein Kosmetik- und Schönheitssalon befand und in den er sich schon in den 90ern verliebt hatte, endlich anmieten. Den Namen beließ er, nun war das »Babette« eine Bar. Und mehr als das: In den 15 Jahren ihres Bestehens gab es hier etliche Veranstaltungen, Ausstellungen, Performances, Lesungen und Feiern. Das Babette wurde ein beliebter Treffpunkt und Ort mit ganz besonderer Atmosphäre, an dem die elegant-schlichte Architektur der Moderne, Kultur und Kommunikation eine gelungene Symbiose eingingen. Und es kommt ja auch nicht so oft vor, dass sich sowohl Anwohner als auch Besucher gleichermaßen willkommen und wohl fühlen.
Es war auch ein Abschied auf Raten. Zwar war der Mietvertrag offiziell zum 31. August vom Eigentümer, der Berggruen GmbH gekündigt worden. Dennoch konnte das »Babette« auch im September noch ab und an seine Türen für Veranstaltungen öffnen.
Womöglich lag es auch daran, dass der Eigentümer einen Antrag auf Nutzungsänderung gestellt hatte, den der Bezirk negativ beurteilte. Wie berichtet, will die Berggruen Holding – das Investmentunternehmen des Kunsterben Nicolas Berggruen, dem in Berlin ca. 60 Gebäude gehören, u.a. das Café Moskau, in dem nur noch geschlossene Veranstaltungen stattfinden. Der Babette-Pavillon wird künftig dem Moskau angegliedert, soll aber weiter gastronomisch genutzt werden und dem Vernehmen nach auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.
Mit der Kündigung hatte Berggruen den Bogen überspannt – er handelte sich damit die heftige Kritik der Medien, der lokalen Politik und vor allem einer breiten Öffentlichkeit ein. Nicht gut fürs Image.
Im August hatten Unterstützer der Bar dem Baustadtrat von Mitte, Ephraim Gothe, eine Petition gegen die Schließung mit über 7000 Unterschriften übergeben. Gothe selbst hatte die Kündigung hart kritisiert.
Immerhin sucht Berggruen nun das Gespräch mit dem Bezirk und dem Baustadtrat. Man darf gespannt sein. *us*

**Berggruen (der übrigens in den 80ern einen der ersten Hedgefonds in den USA auflegte) macht kein Hehl aus seinen Privatisierungs- und Verwertungsinteressen, denen eben auch Berliner Kulturinstitutionen zum Opfer fallen. »Unser Ziel ist der Aufbau eines vielfältigen Immobilienportfolios, mit charaktervollen Bauten, als langfristige Vermögensanlage. Immobilien sind für uns dabei mehr als nur ein Investment. Ästhetik, Architektur und Kunst interessieren uns ebenso wie der ›Cash-flow‹.«
(aus der Website der Berggruen Holding)**

Verein für das Gebiet gegründet

Bei der turnusgemäßen Sitzung des Nachbarschaftsrates im August dieses Jahres wurde ein Verein gegründet, der die Arbeit des Nachbarschaftsrates unterstützt, indem er ihm eine juristisch geschäftsfähige Basis bietet. Auf diese Weise ist es möglich, Veranstaltungen zu organisieren, als gemeinnützige Organisation Spenden einzuwerben oder auch Verträge abzuschließen.
Der Verein geht im Wesentlichen aus dem Nachbarschaftsrat hervor, Vorsitzender ist Frank Nerger. In der Satzung sind u.a. folgende Vereinszwecke beschrieben:
»– Der Verein widmet sich der Pflege des II. Bauabschnitts der Karl-Marx-Allee und seiner Geschichte sowie seiner Entwicklung (...).
– Der Verein verfolgt die Pflege und Erhaltung von Kulturwerten, sowie die Denkmalpflege und die Umsetzung des ISEK (Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept).
– Der Verein unterstützt die Interessen der Bewohner sowie die Kinder- und Jugendarbeit des Wohngebietes KMA II.«
Nun muss die Gemeinnützigkeit noch anerkannt und der Verein ins Vereinsregister eingetragen werden. Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die den Zweck und die Aufgaben des Vereins unterstützt. Der Verein tagt mit dem Nachbarschaftsrat monatlich. Zu diesen Treffen können alle Interessierten kommen, auch wenn man kein Vereinsmitglied ist.
Ein großes Problem für den Nachbarschaftsrat ist jedoch ein fester Ort für die Treffen und Aktivitäten. Immer noch sucht der Nachbarschaftsrat nach geeigneten Räumen im Gebiet, gern würde er beispielsweise Räume im Ambulatorium Schillingstraße 12 nutzen, doch bislang kam ein Nutzungs- bzw. Mietvertrag mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH BIM als derzeitige Eigentümerin nicht zustande. So ist der Nachbarschaftsrat bislang gezwungen, seine Treffen an wechselnden Orten abzuhalten. Der Nachbarschaftsrat tagt jeden letzten Dienstag im Monat um 18 Uhr.

Kontakt zum Nachbarschaftsrat und zum Verein (i.G.): E-Mail: alle@nachbarschaftsrat-kma.de oder kma@kosp-berlin.de / Auskünfte zum Nachbarschaftsrat, u.a. über den jeweiligen Ort der monatlichen Treffen, gibt auch das Büro KoSP (siehe Rückseite)

Stadtwerkstatt: Was ist das?

Forum Stadtwerkstatt im Oktober und November

»Wer gestaltet eigentlich die Berliner Mitte? – Viele!« – unter diesem Motto lädt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zur Stadtdebatte über die Berliner Mitte ein.
Unter dem Motto »Alte Mitte, neue Liebe« fand 2015 gemeinsam mit Initiativen und interessierten Bürgern die Stadtdebatte Berliner Mitte statt. Daraus resultierend, wurden im Juni 2016 die »zehn Bürgerleitlinien« erarbeitet und vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen.
Diese erfolgreiche Bürgerbeteiligung soll nun fortgeführt werden, doch die Vorzeichen haben sich geändert: Das Projektgebiet ist auf die gesamte historische Mitte und den Alexanderplatz vergrößert worden, der Zuschnitt der beteiligten Ressorts wurde nach den Berliner Wahlen 2016 neu aufgestellt. Die Arbeit soll sich stärker an konkreten Projekten orientieren, und eine neue Qualität der bürgerschaftlichen Mitwirkung soll erreicht werden. Nach dem Beschluss am 15. August 2017 zur »Neuausrichtung der Stadtdebatte Berliner Mitte« umfasst die Stadtwerkstatt nun die Projektgebiete Alexanderplatz, Rathaus- und Marx-Engels-Forum, Molkenmarkt und Fischerinsel. Einbezogen werden auch die angrenzenden Bereiche des Entwicklungsgebietes Parlaments- und Regierungsviertel, das Humboldt Forum, die Breite Straße, der Petriplatz und das Gelände des ehemaligen Staatsratsgebäudes. Die Themenkomplexe Geschichte und Archäologie, Wohnen und Arbeiten, Freiraum, Kultur und Wissenschaft sowie verkehrliche Infrastruktur bilden die inhaltlichen Schwerpunkte der Stadtwerkstatt.
Ziel der Stadtwerkstatt ist es, dass »Bürgerschaft, Politik, Verwaltung und Institutionen miteinander auf Augenhöhe kommunizieren und arbeiten«, um Projekte, Vorhaben und Maßnahmen zu diskutieren, gestalten oder zu begleiten.
Die Auftaktveranstaltung zur Stadtwerkstatt fand bereits am 20. September statt. Es folgen monatliche Foren als Kernstück der Stadtwerkstatt. Jeden zweiten Mittwoch im Monat bietet das Forum Bürgern und Initiativen die Möglichkeit, ihre Themen und Belange einzubringen und sich mit anderen Teilnehmern projektbezogen zu vernetzen. *us*

Nächste Foren: 20. Oktober und 14. November, jeweils ab 18.30 Uhr, Ort: Büro der Stadtwerkstatt, Karl-Liebknecht-Str. 11 (Obergeschoss der Passage)

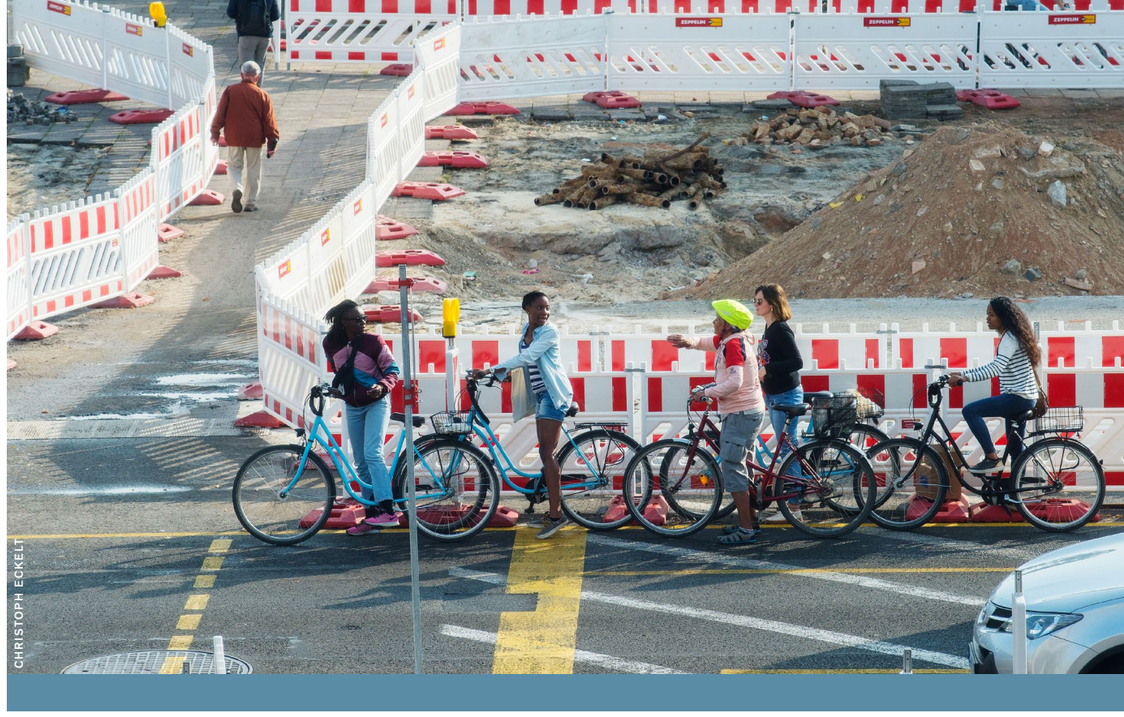
CHRISTOPH ECKELT

Nicht nur Radfahrer haben es derzeit schwer auf der Karl-Marx-Allee – auch für Fußgänger und vor allem für die Anwohner ist die Mega-Baustelle zwischen Alexanderplatz und Strausberger Platz derzeit eine Herausforderung und Belastung. Und das wird sie auch in den nächsten Jah.ren bleiben, bis der Umbau hoffentlich nach Plan abgeschlossen sein wird
Derzeit läuft noch die Bauphase 1, die den Bau der südlichen Fahrbahn einschließlich Gehweg und der Einmündung Schillingstraße umfasst. Die Aus- und Einfahrt Schillingstraße zur und von der Karl-Marx-Allee ist gesperrt. Danach folgt mit der Bauphase 2 der Umbau der kompletten Nordseite und schließlich in einem dritten Bauabschnitt die Neugestaltung des Mittelstreifens.

Werkstatt II: Leitlinien für Bürgerbeteiligung

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen lädt außerdem unter dem Motto »Gemeinsam Stadt machen!« zur zweiten öffentlichen »Werkstatt zur Entwicklung der Leitlinien Bürger*innenbeteiligung an der Stadtentwicklung« ein. Der Entwurf der Leitlinien-Grundsätze enthält Vorschläge, wie verschiedene Aspekte der Beteiligung ausgestaltet werden sollen, zum Beispiel die Stärkung der Bürger in Beteiligungsprozessen, Entscheidungsspielräume und Ergebnisoffenheit, die Entwicklung von Beteiligungskonzept und die Initiierung von Beteiligung, aber auch die Herstellung von Informationsflüssen und Transparenz
In der zweiten Werkstatt geht es darum, den von einem Arbeitsgremium entwickelten Entwurf der Leitlinien-Grundsätze kennenzulernen und zu diskutieren. In einem offenen Parcours haben die Teilnehmer die Möglichkeit, sich mit einzelnen Grundsätzen näher auseinanderzusetzen und eigene Vorschläge einzubringen. Zusätzlich werden Gäste, unter anderem aus den Bereichen Wohnungsbau, Umwelt und Zivilgesellschaft, ihre Gedanken zu den Grundsätzen der Leitlinien einbringen.
Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Betroffenen- und Stadtteilvertretungen, Bürgerinitiativen und weitere Akteure der Stadtdebatte.
Sie findet am 15. Oktober von 18 bis 21 Uhr (Einlass ab 17 Uhr) im Vollgutlager der Kindl Brauerei, Rollbergstraße 26, Neukölln, 12053 Berlin statt. Wegen der begrenzten Anzahl der Plätze ist eine vorherige Anmeldung erwünscht.

Anmeldung und weitere Informationen unter https://leitlinien-beteiligung.berlin.de/werkstatt-2/



CHRISTOPH ECKELT

Kontakte, Ansprechpartner, Adressen

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146
13353 Berlin

Zuständig für das Fördergebiet:

Birgit Nikoleit
Tel. (030) 9018 457 99
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

André Zschaler
Tel. (030) 9018 457 93
andre.zschaler@ba-mitte.berlin.de

Zuständig für private Bauvorhaben:

Elke Pistorius
Tel. (030) 9018 457 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung und Gebietsentwicklung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH)
Schwedter Straße 34 A
10435 Berlin
kma@kosp-berlin.de

www.kosp-berlin.de
www.kma-mitte.de

Bürgersprechstunde:
Di 8–10 Uhr, Do 16–18 Uhr
Mietertreff Schillingstraße 30

Ansprechpartner:

Weronika Bartkowiak
Tel. (030) 33 00 28 33
bartkowiak@kosp-berlin.de

Georg Wasmuth (büro west)
Geneststraße 5, 10829 Berlin
Tel. (030) 786 04 70
gw@buero-west.de

Hannah Münzer
Tel. (030) 33 00 28 46
muenzer@kosp-berlin.de

Gisbert Preuß
Tel. (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat Stadterneuerung (IV C)
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
Franziska Mühleis
franziska.muehleis@sensw.berlin.de

Nachbarschaftsrat

Kontakt vorerst:
kma@kosp-berlin.de
Neue eigene E-Mail-Adresse des Nachbarschaftsrats:
alle@nachbarschaftsrat-kma.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
Städtebaulicher Denkmalschutz
KoSP
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
be Berlin
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

KOLUMNE

Verwirrung der Sinne

Diesen Sommer konnte man lieben und verfluchen. Alles in einem Atemzug und im gleichen Moment. Die brüllende Hitze hat uns das Leben schwer gemacht, und zugleich konnten wir unsere Vitamin-D-Vorräte auftanken und uns dem Gefühl hingeben, dass es ein Sommer unserer Kindheit ist. Wir haben uns zunehmend unwohl gefühlt mit der immer länger werdenden Trockenperiode, unter dünnen Laken geschlafen, uns nicht mehr gewundert, dass es keine Mücken, kaum Fliegen und anderes Getier gibt, weil wir alle ja wenigstens schon mal vom Insektensterben gehört haben, wir konnten der Miniermotte bei ihrer grässlichen Arbeit in den Kastanienbäumen zusehen und haben trotzdem die Abende auf dem Balkon, die Nächte irgendwo draußen, die Abwesenheit von Regenschirmen und wetterfester Kleidung gefeiert, haben uns einmal mehr klargemacht, dass jedes Gefühl seine Kehrseite hat, jeder Glücksmoment seinen Schatten findet.

Die Hausverwaltungen haben Aushänge geschrieben und darum gebeten, den Bäumen und Sträuchern Wasser zu geben, die Sonnenschirme und Markisen wurden von der Sonne gebleicht, der nächtliche Durchzug konnte die Kerntemperaturen der Wohnungen nicht mehr senken und wenn wir aufs Fahrrad stiegen, das vorher in der Sonne gestanden hat, haben wir uns die Hintern verbrannt.

Und dann, fast an sein Ende angekommen, bescherte uns dieser Sommer noch eines Morgens diesen Geruch, den ältere und ganz alte Ost- wie Westberliner so gut in Erinnerung haben. Den Geruch nach Kohleofen und rauchenden Schornsteinen, nach neblig-nassen Herbsttagen, unter deren Himmelsgrau sich dieser Geruch besonders lange hielt.

Der Himmel war an jenem Morgen, wie all die Tage und Wochen zuvor, strahlend blau, die Hitze flimmerte Spiegelungen auf den Asphalt – und es roch nach Heizperiode, Kohleofen, also einfach nach früher. So weit trugen die Ausläufer des Waldbrandes im Brandenburgischen, dass wir hier in dieser lauten, großen Stadt riechen konnten, was anderswo zum Unglück geriet.

Das war dann einer jener seltenen Momente, in denen Stadt und Land einmal eins werden, wenn auch im Schlechten. Ein Augenblick der Klarheit, in dem der eine und die andere von uns dann vielleicht doch darüber nachdachte, was uns dieser Jahrhundertsommer noch zu sagen hat, jenseits der Tatsache, dass er uns fast die Erinnerung an kalte und schmuddelige Zeiten austreiben konnte.

Nur wer nicht ganz und gar von der Rolle ist, leugnet heute noch, dass unser Klima sich wandelt. Dass ein Sommer wie dieser vielleicht bald zur Normalität gehört, genauso, wie wir damit werden leben müssen, dass die

CHRISTOPH ECKELT

Unwetter viel mehr Un sein werden, die Extreme viel extremer und die Halbwertzeit der Schäden, die all das verursachen wird, viel größer.

Die Bestandsaufnahme für diese Stadt, die mit ihrem vielen Grün und dem funktionierenden Gemeinwesen gut aufgestellt ist (Menschen haben Bäume und Sträucher gegossen, städtisches Grün wurde, soweit es irgend möglich war, gepflegt, Springbrunnen funktionierten, neue Planschen wurden eingeweiht, nicht einmal wurde uns der Hahn abgedreht), hat noch nicht stattgefunden. Was wir sehen, ist verbranntes Grün, was wir gerochen haben an diesem einen Tag war die Warnung, dass dieser Planet und dieses Klima eben nicht alles mit sich machen lassen, was wir lernen könnten ist, dass es tatsächlich uns alle betrifft und somit alle angeht.

Der kurze Moment an diesem einen Morgen, als es roch wie früher in Zeiten der Kohleöfen, hat eine ewig lange Vorgeschichte. Die ist menschengemacht. Auch deshalb, so lässt sich hoffen, wird uns dieser Sommer lange in Erinnerung bleiben.

Kathrin Gerlof